

Innerrhoder Schlagabtausch

Auch in Appenzell Innerrhoden findet derzeit ein Wahlkampf statt. Der 61jährige **Martin Pfister** (SP) will den amtierenden 55jährigen Nationalrat **Daniel Fässler** (CVP) aus dem Parlament verdrängen. Im Gespräch wird schnell klar: Zwischen den beiden herrschen teils sehr kontroverse Ansichten.

ROGER FUCHS

Martin Pfister, Sie kandidierten bereits vor vier Jahren für den Nationalrat und unterlagen. Jetzt versuchen Sie es wieder. Sind Sie ein schlechter Verlierer?

Martin Pfister: Nein, ich bin kein schlechter Verlierer, sondern ein guter Demokrat. Ich will, dass es eine Alternative gibt nebst dem konservativen Modell von Daniel Fässler. Und deshalb fanden die SP und ich, dass wir antreten wollen für faire Löhne und sichere Renten.

Daniel Fässler, wie haben Sie reagiert, als Sie von der nochmaligen Kandidatur von Martin Pfister hörten?

Daniel Fässler: Ich war nicht überrascht. Ich habe das bei Martin Pfister erwartet. Es ist letztlich aber kein Problem. Es sind Wahlen für eine neue Legislatur, und da soll das Volk auch wieder eine Auswahl haben.

Warum braucht Appenzell Innerrhoden weiterhin Daniel Fässler als Nationalrat?

Fässler: Solche Fragen beantwortete ich ungern, weil es auf eine Selbstbeweihräucherung herausläuft. Letztlich ist es bei mir die gleiche Motivation wie vor vier Jahren. Unser kleiner Kanton hat nicht die Möglichkeit, über die Verwaltung oder die Regierung regelmässig die Anliegen in Bern einzubringen. Als Nationalrat bin ich näher an den Themen und Leuten dran. Viele Themen, die wir in Bern debattieren, diskutieren wir im Kanton erst dann, wenn das Gesetz schon erlassen ist. Die Chance, auf die Gesetzgebung einzuwirken und darauf hinzuweisen, was es für uns im Vollzug bedeutet, ist äusserst wertvoll.

Warum braucht Innerrhoden Martin Pfister als Nationalrat?

Pfister: Wir bieten eine politische Alternative, welche die sozialen Themen mehr ins Zentrum rückt. Wir treten auch gegen die Kumulation von Verwaltungsrat, Landammann und Nationalrat an. Das ist zu viel Macht an einem Ort, und es gibt auch Interessenkonflikte. Was Daniel Fässler als Vorteil bezeichnet, werte ich als Nachteil.

Fässler: Dass Herr Pfister meine VR-Mandate erwähnt, ist unsinnig. Zur Erklärung: Ich habe ein Verwaltungsratsmandat in Schaffhausen. Da habe ich drei Verwaltungsratssitzungen pro Jahr, das beschäftigt mich sehr bescheiden. Und ich habe ein Verwaltungsratspräsidium bei einem Wasserkraftwerk zwischen Gossau und Flawil. Da habe ich eine VR-Sitzung pro Jahr, und ich verdiene dabei auch nichts.

Pfister: Ich habe nicht gesagt, dass es ums Geld geht. Es geht um Macht und Einfluss. Das VR-Mandat in Schaffhausen ist bei einer Immobilienfirma, das ist der entscheidende Punkt. Wasserkraftwerk mag eine andere Sache sein. Zudem finde ich, dass ein nationaler Politiker nicht regelmässig abwesend sein sollte.

Fässler: Es ist selbstverständlich, dass die Kombination von Regierungsrat und Nationalrat ein grosser Rucksack ist. Dabei gibt es auch Terminkollisionen, konkret ein bis zwei Tage pro Session. Doch ich habe der Bevölkerung schon vor vier Jahren erklärt, dass der Kanton für mich Vorrang hat. Die Ständekommission kommt für mich in der Regel vor dem Nationalrat.



Die Stimme von Daniel Fässler hat Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf nicht auf sicher.



Martin Pfister würde die BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wiederwählen.

Mit Martin Pfister wäre auch eine andere Partei in Bern. Warum braucht es die SP in Bern oder warum weiterhin die CVP?

Pfister: Die SP braucht es in Bern, weil es im Parlament immer wieder knappe Entscheidungen gibt. Wir wollen in der nächsten Legislatur zu einer Politik beitragen,

Dass Martin Pfister meine VR-Mandate erwähnt, ist unsinnig.

Daniel Fässler
Amtierender Nationalrat AI

die hilft, dass Leute mit ihrer Rente in Würde alt werden können und dass die Energiepolitik konsequent umgesetzt wird.

Fässler: Wenn die Innerrhoder am 18. Oktober mich wählen, haben sie wohl einen Vertreter der CVP in Bern, aber ich folge nicht einer Parteideologie. Ich orientiere mich auch nicht an Parteiparolen. Bei mir steht immer die Frage im Vordergrund, was es Appenzell Innerrhoden bringt.

Pfister: Ich kann nicht unterschreiben, dass eine Partei zweit-rangig ist. Die SP setzt sich für die breite Bevölkerung und für eine bessere Verteilung des Vermögens ein. Das ist eine ganz wichtige Haltung.

Fässler: Ich habe im Grundsatz etwas gegen solche Schlagworte. Wer will nicht eine möglichst umweltfreundliche Energieversorgung? Wer will nicht möglichst sichere Renten? Dafür stehen alle ein. Die Frage ist immer, was für einen Weg wir beschreiben, um das Ziel zu erreichen.

Reden wir gleich konkret über die angesprochenen Geschäfte. Erst

zur Energiestrategie 2050. Ausstieg aus der Atomenergie – Ja oder Nein und wie schnell?

Pfister: Ich stehe hinter der Initiative der Grünen, die den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029 verlangt. Die Energiewende ist auch ein Wirtschaftsfaktor. Es gibt die Möglichkeit, lokal Arbeitsplätze zu schaffen, sei es in der Produktion von Energieträgern oder bei der Wärmedämmung. Nicht zur vergessen ist der Sicherheitsaspekt bei Atomkraftwerken.

Fässler: Ich bin auch für den Ausstieg aus der Atomenergie, aber nicht mit dem gleichen Tempo, wie es Herr Pfister will. Wenn wir zu schnell aussteigen, haben wir keinen Ersatz. Dann müssen wir Strom importieren aus deutschen Kohlekraftwerken oder aus Gaskombikraftwerken. Beides ist CO₂-mässig eine Katastrophe. Deshalb unterstütze ich den Bundesrat, der sagt, die AKW sollen streng kontrolliert werden, doch solange sie die Sicherheitsansprüche erfüllen, sollen sie laufen dürfen. Damit wäre eine Abschaltung womöglich schon vor 2029 nicht ausgeschlossen.

Pfister: Das ist jetzt aber sehr inkonsequent: Wenn wir vor 2029 aussteigen würden, hätten wir ja

gar nichts, und wir müssten voll auf die nicht CO₂-neutralen Energieträger setzen.

Fässler: Wenn die AKW nicht mehr sicher sind, können sie nicht mehr laufen. Dann müssen wir eben auf Auslandstrom ausweichen.

Wo sehen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wirtschaft?

Fässler: Es wird teurer für Private und für die Wirtschaft. Arbeitskräfte wird es brauchen. Doch beispielsweise ein Wasserkraftwerk in der Grösse der Anlage Seealpsee-Wasserauen dürfte nach den Vorstellungen von Links-Grün nicht mehr unterstützt werden – sogar ein dreimal Grösseres nicht. Nur: Solche Kraftwerke, die sowieso nur gebaut werden dürfen, wenn sie landschaftsverträglich sind, schaffen Arbeitsplätze in den ländlichen Gebieten. Photovoltaik und Windräder werden insbesondere Unterhaltsarbeiten mit sich bringen. Auch bei Effizienzmassnahmen, beispielsweise der Isolierung von Gebäuden, kann die Wirtschaft profitieren.

Pfister: Wichtig ist, dass wir das Geld nicht an Erdöl- und Uran-

fördernde Staaten abliefern, sondern in unsere lokale Energieproduktion investieren. Interessant ist nun aber, dass Herr Fässler mir unterstellt, ich würde die Wasserkraftwerke nicht unterstützen. Es gilt bei jedem Projekt, bei dem man den Stauseepegel anheben und die Natur

Es braucht eine Alternative nebst dem konservativen Modell von Daniel Fässler.

Martin Pfister
Kandidat Nationalrat AI

kaputt machen will, genau hinschauen. Jedes Projekt ist einzeln zu beurteilen.

Schwenken wir noch kurz zur Altersreform 2020. Um nur einen Punkt daraus zu nehmen: Soll das Rentenalter für Frauen auf 65 erhöht werden?

Pfister: Rentenalter 65 bei Frauen unterstütze ich nur, wenn man endlich die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann hinkriegt. Eine generelle Rentenaltererhöhung lehne ich klar ab, befürworte aber ebenso deutlich eine Rentenerhöhung.

Fässler: Machen wir die Vorlage nicht noch komplexer, als sie schon ist. Lohnungleichheit ist ein Thema, kann aber nicht im Rahmen dieser Rentenreform erledigt werden. Wir werden in absehbarer Zeit zwei Arbeitstätige haben, die einen Rentner finanzieren. Eine Differenz beim Rentenalter für Männer und Frauen ist für mich nicht mehr richtig. Es darf auch kein Tabu sein, über weitere generelle Rentenaltererhöhungen zu diskutieren. Schaut man Europa und die OECD an, ist das Rentenalter 67

verschiedentlich schon beschlossen.

Und was sagen Sie den Frauen, die die Lohnungleichheit vermissen?

Fässler: Wir haben zunehmend Gesamtarbeitsverträge, welche die Löhne regeln. Man hat auch in der vergangenen Legislatur Fortschritte gemacht, ist aber noch lange nicht am Ziel.

Pfister: Fakt ist ein Unterschied von durchschnittlich 700 Franken. Das sind 20 Prozent bei einem Mindestlohn von 4000 Franken. Man muss weitsichtig denken und die Lohnungleichheit parallel weiter anstreben.

Eine letzte Frage: Würden Sie als Nationalrat die BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wieder wählen?

Fässler: Eveline Widmer-Schlumpf gehört zur besseren Hälfte im Bundesrat. Ich habe seit 2011 aber erlebt, dass es ein Problem ist, wenn ein Bundesrat eine zu kleine Hausmacht im Parlament hat. Bei der Zusammensetzung der Regierung sollte die Sitzverteilung der Parteien mitberücksichtigt werden. Für mich müsste die BDP massiv Stimmen gewinnen, damit ich Eveline Widmer-Schlumpf wiederwählen kann.

Pfister: Wenn Frau Widmer-Schlumpf wieder antritt, würde ich sie weiterhin unterstützen, weil sie gute Arbeit macht. Es stimmt zwar, dass sie eine kleine Hausmacht hat, doch diesen Nachteil würde ich in Kauf nehmen, weil sie eine fundierte Politik betreibt. Würde sie nicht mehr antreten oder abgewählt, darf auf keine Fall passieren, dass SVP und FDP zusammen die Mehrheit im Bundesrat haben, ausser sie hätten die Mehrheit im Parlament.

Zur Person Amtierender Nationalrat

Daniel Fässler ist seit 2008 Landammann von Appenzell Innerrhoden, Dr. iur. und Rechtsanwalt. Seit 2011 sitzt er für den Kanton im Nationalrat. Der 55-Jährige ist Mitglied der CVP AI und Schweiz. Er lebt seit 1994 wieder in Appenzell. (rf)

Zur Person Herausforderer für den Nationalrat

Martin Pfister ist Präsident der Innerrhoder SP und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz. Er arbeitet als Schulischer Sozialpädagoge in Herisau. Der 61-Jährige wuchs im zürcherischen Embrach auf und lebt seit 2011 in Gonten. (rf)

Bilder: Michael Genova